

Warum grün wählen? Es geht um unsere Zukunft!

Liebe Heusenstammer Bürgerinnen und Bürger!

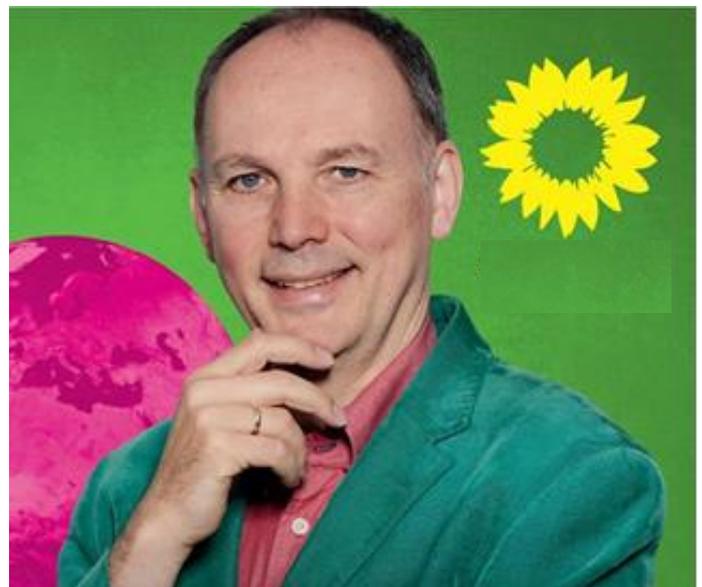
Bei der nächsten Bundestagswahl geht es um nicht weniger als unsere Zukunft. Wie erhalten wir unsere Lebensgrundlagen? Wie werden die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest? In welcher Gesellschaft wollen wir in 10 oder 20 Jahren leben? Wie geht es mit der Europäischen Union weiter? Für all diese Zukunftsfragen stehen in den nächsten Jahren wichtige Weichenstellungen an. Deshalb ist es dieses Mal besonders wichtig wählen zu gehen.

Der **Klimawandel** - oder wie man eigentlich treffenderweise sagen müsste: die Klimakatastrophe - ist so weit vorangeschritten, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Mittlerweile sind die ersten negativen Folgen auch bei uns zu spüren, denn es handelt sich nicht nur um eine Klimaerwärmung, sondern in Folge der weltweit höheren Temperaturen steigen auch die Niederschlagsmengen und die Wahrscheinlichkeit von Extremwetterlagen.

Die **Artenvielfalt** nimmt dramatisch ab. Die Älteren erinnern sich noch, wie früher eine Windschutzscheibe aussah, wenn man im Sommer mit dem Auto fuhr. Die Zahl der Insekten ist dramatisch gesunken. Na und? werden sich manche fragen. Was ist daran so schlimm? Ohne Insekten werden Pflanzen nicht bestäubt, verlieren Vögel ihre Nahrung. Auch die Anzahl der Vogelarten sinkt immer mehr. Das natürliche Gleichgewicht droht aus den Fugen zu geraten. All das erfordert grundlegende Veränderungen: wir müssen anders produzieren, anders konsumieren, anders Energie erzeugen, anders mobil sein, um unsere Lebensgrundlagen zu er-

halten und unseren Wohlstand auch in Zukunft zu sichern. Für die Grünen sind dafür drei Themen in diesem Wahlkampf besonders wichtig: Erstens der Ausstieg aus der Verbrennung der Kohle und einen **Umstieg auf 100% erneuerbare Stromerzeugung** bis spätestens 2030. Zweitens der **Umstieg auf andere Mobilität**: Bis spätestens 2050 brauchen wir einen Verkehr ohne CO₂-Ausstoß. Das klingt weit. Wir müssen aber jetzt anfangen. Damit 2050 nur noch Autos fahren, die kein CO₂ mehr ausstoßen, wollen wir es schaffen, ab 2030 keine Neuwagen mit Verbrennungsmotoren mehr zuzulassen. Wir wollen aber auch eine Infrastruktur fördern, die dafür sorgt, **dass Menschen auch ohne Auto mobil** sein können, durch Förderung von öffentlichem Nah- und Fernverkehr, aber auch für mehr und besserer Fahrradinfrastruktur.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn



Und: Wir brauchen eine bessere Vernetzung zwischen den verschiedenen Möglichkeiten, mobil zu sein. Dazu können wir uns die Digitalisierung zu Nutze machen. Drittens müssen wir unsere **Lebensmittel nachhaltiger und ökologischer** produzieren, nicht nur für den Tierschutz und weil die Lebensmittel dann gesünder und leckerer sind. Die Artenvielfalt ist mittlerweile häufig auf dem Land ein größeres Problem als in der Stadt. Das liegt an der Art, wie wir Landwirtschaft betreiben. Und auch aus Klimaschutzgründen ist eine Umstellung der Lebensmittelproduktion notwendig. Um die Probleme in den Griff zu kriegen ist es höchste Zeit und sind die nächsten vier Jahre entscheidend. **Wir sind die erste Generation, die die Folgen des Klimawandels spürt und die letzte, die noch etwas gegen die Klimakatastrophe unternehmen kann!**

Die notwendigen Veränderungen werden wir nur dann erreichen, wenn es dabei sozial gerecht zugeht. **Wir Grünen streben eine Gesellschaft an, in der niemand ausgegrenzt wird oder in Armut leben muss**, sondern in der alle selbstbestimmt teilhaben können. Damit das in Zukunft möglich ist, braucht es einen grundlegenden Umbau der sozialen Sicherung, denn es stehen erhebliche Herausforderungen vor uns. Schon in wenigen Jahren werden die ersten geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, die Digitalisierung der Wirtschaft wird die Arbeitswelt grundlegend verändern und die beschriebenen ökologischen Probleme stellen die Frage nach den Grenzen des Wachstums mehr denn je. Schon heute, also in ökonomisch guten Zeiten, leben 10% der Bevölkerung in Deutschland von staatlichen Grundsicherungsleistungen, die Altersarmut steigt und mehr als fünftes Kind lebt in einem Haushalt unter der Armutsgrenze. Wir müssen also unsere sozialen Sicherungssysteme armutsfest und zukunftsfest machen. Wir Grünen setzen dabei auf das Prinzip Bürgerversicherung: **alle Bürgerinnen und Bürger sollen auf alle Einkommensarten in die Kranken-, Pflege und Rentenversicherung einzahlen.** Dadurch schaffen wir eine stabile und gerechte Finanzierungsgrundlage. Das werden wir nur schrittweise schaffen, wir müssen aber jetzt damit anfangen.

Um die Rente armutsfest zu gestalten, wollen wir eine **Garantierrente** einführen, die nicht bedürftigkeitsgeprüft ist. Wer lange versichert war, soll eine Rente erhalten, von der man leben kann, ohne dass Zusatzvorsorge, Ersparnisse und andere Einkommen darauf angerechnet werden. Besonders wichtig ist uns der **Kampf gegen Kinderarmut**. Wir wollen Familien um 12 Mrd. Euro entlasten und die Familienförderung komplett umstellen, von der Förderung der Ehe hin zur Förderung der Kinder. Dazu wollen wir eine Kindergrundsicherung einführen, die für alle Kinder gleich hoch und das jetzige System aus Kindergeld, Kinderfreibeträgen und Ehegattensplitting ersetzt. Dabei soll keine Familie schlechter gestellt werden. Wer bereits verheiratet ist, kann im alten System bleiben oder in das neue System wechseln. Für Familien mit geringen Einkommen gibt es zusätzlich einen Kindergeld-Bonus, der zusammen mit dem Kindergeld bzw. der Kindergrundsicherung ausbezahlt wird. Dafür braucht es keinen extra Antrag und keine aufwändige Bedürftigkeitsprüfung wie jetzt beim Kinderzuschlag oder den Hartz IV-Leistungen für Kinder. Wir Grünen denken aber noch weiter, wir wollen eine **breite Debatte über Vorschläge wie das bedingungslose Grundeinkommen**, das wir durch ein Modellprojekt erproben wollen. Grüne Sozialpolitik soll eine **bunte, vielfältige Gesellschaft** ermöglichen, in der alle selbstbestimmt teilhaben können und in der es normal ist, anders zu sein. Von einer solchen Gesellschaft sind wir noch weit entfernt. Im Gegenteil haben die letzten Jahre haben gezeigt, dass vieles, was wir selbstverständliches fanden, wieder in Frage gestellt wird. Trump, Erdogan, die AfD, aber auch der NSA-Skandal und vieles andere zeigen, dass die offene Gesellschaft, Menschenrechte, Freiheit, Demokratie und Bürgerrechte immer wieder aufs Neue verteidigt und erkämpft werden muss.

Die meisten Probleme sind mittlerweile nicht mehr nur national, sondern nur international zu lösen. Die Rückkehr zum Nationalstaat ist keine Lösung, sondern gefährlich. Der Brexit hat gezeigt, dass es auch hier nicht automatisch vorwärts geht.

(Fortsetzung auf Seite 7)



Jung und alt – gemeinsam aufs Rad

Es wäre so einfach, die Luftschadstoffe in unseren Städten um die Hälfte zu reduzieren – ohne teure Nachrüstung, ohne Steuergelder für Neanschaffungen von Autos, ohne Halden unverkaufter Dieselfahrzeuge. Die Voraussetzung: Die Menschen erledigen die Hälfte ihrer Fahrten in der Stadt und in benachbarte Orte mit dem Rad oder mit dem öffentlichen Nahverkehr. Die Folge wären neben der besseren Luft: kein Ärger im Stau, kein Kampf um Parkplätze, mehr Sicherheit auf der Straße und spürbar weniger Lärm. Und jede Menge Spaß – auch ohne Fitness-Studio.

Natürlich müssen die Städte dafür etwas tun und auch investieren. Mittelfristig steht an:

- Die Radwege müssen von den Straßen deutlich abgetrennt sein und großzügiger dimensioniert sein,
- Gefahrenpunkte müssen entschärft,
- Radbrücken über Fernstraßen und Autobahnen gebaut,
- Freie Fahrt an Ampeln durch Induktionsschleifen an den Ampeln gewährleistet
- und mehr sichere Abstellplätze eingerichtet werden.

Das geht. Auch bei uns. Was in den Städten der Niederlande längst Standard ist, das schaffen wir doch auch! Fünfzig Prozent der Wege in Heusenstamm mit dem Fahrrad innerhalb von fünf Jahren – das ist keine Utopie.

Bernd Fischer





Mehr als ein Jahr Kooperation in der Heusenstammer Stadtverordnetenversammlung: Eine Bilanz aus Grüner Sicht

Erst gewann der SPD-Kandidat Halil Öztas, der in der Stichwahl auch von uns Grünen unterstützt worden war, im Herbst 2015 die Bürgermeisterwahl. Dann kam es durch die Kommunalwahl im März 2016 auch zu einer neuen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Seitdem gibt es dort eine knappe Mehrheit aus SPD, Freien Wählern Heusenstamm und uns Grünen. Diese Kooperation hat 19 von 37 Sitzen in der Stadtverordnetenversammlung.

Erste Folge der neuen Mehrheitsverhältnisse war und ist ein schärferer Ton in der Stadtverordnetenversammlung. Die CDU, bislang daran gewohnt, die Richtung in der Stadtpolitik vorzugeben, hat diese beiden Wahlniederlagen bis heute noch nicht verwunden. Das zeigt sich insbesondere dann, wenn die CDU wieder einmal versucht, insbesondere Bürgermeister Öztas persönlich anzugreifen.

Welche Politik macht die neue Kooperation?

Ansiedlung eines Marktes im Osten Heusenstamms

Ziel der Kooperation ist die Ansiedlung eines sogenannten Vollversorgers im Osten unserer Stadt. Im Augenblick ist geplant, dass der Reifenhandel Baake von der Frankfurter Straße in das Gewerbegebiet Martinsee verlagert wird und auf seinem Gelände ein Markt entsteht. Endgültig entschieden ist es aber noch nicht.

Neue Nutzung des früheren Bauhofgeländes

Sollte die Ansiedlung eines Marktes auf dem Baake-Gelände doch noch scheitern, soll ein Markt auf dem Gelände des früheren Bauhofs entstehen. Bis dies endgültig geklärt ist, können die Planungen für das Bauhofgelände nicht weitergehen. Auf jeden Fall soll das Bauhofgelände insbesondere für Wohnbebauung genutzt werden. Vor allem geht es der Kooperation um den Bau von günstigem Wohnraum, weshalb ein Teil des Geländes für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen ist. Denn Heusenstamm muss auch für durchschnittlich und nicht so gut verdienende Personen bezahlbaren Wohnraum bieten.

Ausbau der Kinderbetreuung

Engpässe haben sich bei der Kinderbetreuung ergeben. Ursache war u. a. die wachsende Zahl von Kindern durch die Ansiedlung von Familien in den neuen Baugebieten und die Aufnahme von Flüchtlingsfamilien. Hinzu kam, dass die von der früheren Mehrheit angedachten neuen Einrichtungen sich nicht oder nur verspätet verwirklichen ließen. Die auf dem Campus-Gelände geplante Einrichtung hat sich zerschlagen. Die ebenfalls geplante Schlossmühle wies bauliche Probleme auf. Und die nötigen Verträge mit dem damaligen Besitzer waren noch nicht ausgehandelt. Darum musste sich erst Bürgermeister Öztas kümmern.

Dennoch geht der Ausbau der Kinderbetreuung in Heusenstamm voran:

- Bereits im Frühjahr eröffnet wurde der Waldkindergarten "Wilde Springfrösche" im Forst.
- Der Kinderhort „Kinderburg“ in der Philipp-Reis-Straße wird erweitert. Die Fertigstellung ist für den Sommer 2018 geplant. Hier ist außerdem eine Betreuung für Kinder unter 3 Jahren (U3) geplant.
- Die KiTa Schlosszwerge wird erweitert. Die Inbetriebnahme ist für Anfang 2018 geplant.

Ein weiteres Problem: alle Stellen für Erzieherinnen zu besetzen. Es gibt insbesondere aufgrund der unzureichenden Bezahlung schlichtweg zu wenige Erzieherinnen. Deshalb hat die Stadtverordnetenversammlung auf Initiative der Kooperation ein Anreizsystem beschlossen, um städtische Stellen für Erzieherinnen und Erzieher besetzen und die gefundenen MitarbeiterInnen auch langfristig an die Heusenstammer Erziehungseinrichtungen binden zu können.

Bus und Bahn, Fahrradverkehr

Verbessern will die Kooperation auch den Fahrradverkehr in Heusenstamm, und die Nutzung von Bussen und Bahnen soll attraktiver werden. Auf Antrag der Grünen wurde das Problem aufgegriffen, dass der Übergang von der S-Bahn auf die Linienbusse nicht immer klappt. Dies muss verbessert werden.



Die Errichtung von sicheren und vor Witterung schützenden Fahrradabstellanlagen an häufig benutzten Bushaltestellen wird geprüft, insbesondere an der Linie X19, die nach Neu-Isenburg, dem Flughafen und nach Obertshausen fährt.

Außerdem wurde der Magistrat beauftragt, für die Schillerstraße und die gesamte Industriestraße ein Verkehrssicherheitsaudit durchführen zu lassen. Beispielsweise führt die gemeinsame Nutzung des teilweise viel zu engen Gehweges durch Radfahrer und Fußgänger zwangsläufig zu Konflikten und gefährdet alle Nutzer.

Umstellung auf laufende Straßenbeiträge

Derzeit berät die Kooperation die Straßenbeiträge. Bislang müssen die anliegenden Grundstücksbesitzer, wenn ihre Straße *grundhaft erneuert* (also nicht nur neu geteert) wird, einen Teil der Kosten zahlen. Dies sind die einmaligen Straßenbeiträge, die vierstellige und in Einzelfällen auch fünfstellige Beträge ergeben können. Die Alternative wäre die Umstellung auf laufende Beiträge. Hier würden die Kosten der Straßenerneuerungen auf alle Grundstücksbesitzer eines Abrechnungsbezirks (vermutlich Kernstadt Heusenstamm bzw. Stadtteil Rembrücken) umgelegt. Dies würde dazu führen, dass alle Grundstücksbesitzer jedes Jahr Beiträge zahlen müssten, unabhängig davon, ob ihre eigene Straße erneuert wird oder nicht. Die Beträge wären dafür aber deutlich geringer. Wie hoch genau sie wären, lässt sich nicht genau beziffern. In Obertshausen wurde gerade auf laufende Straßenbeiträge umgestellt. Hier beträgt der jährliche Straßenbeitrag derzeit maximal 12 Cent pro Quadratmeter Veranlagungsfläche. Übrigens wären die Grundstücksbesitzer, die schon einmalige Straßenbeiträge bezahlt haben, für 25 Jahre von der Zahlung der laufenden Straßenbeiträge freigestellt, müssten also nicht doppelt zahlen. Natürlich ist die Änderung der Beitragsart mit Umstellungskosten verbunden und es gibt Grundstücksbesitzer, die bei der einen oder anderen Art etwas mehr oder weniger bezahlen müssten. Deshalb kann die Umstellung nicht auf die Schnelle erfolgen, sondern muss gründlich vorbereitet werden. Für die

Stadt selbst ist es finanziell egal, welche Art der Straßenbeiträge gewählt wird. Denn die Gesamthöhe der Beträge, die sie von dem Grundstückseigentümer bekommt, ist bei beiden Veranlagungsarten gleich. Es geht darum, ob die Besitzer einmal hohe Beiträge oder jedes Jahr geringe Beiträge zahlen.

✍ Heiner Wilke-Zimmermann

Neuigkeiten aus dem Ortsverband

- Am 16.05.2017 stand die Wahl eines neuen Vorstandes an. Ursula Chmelik, die zuvor jahrelang dem Vorstand angehörte und als Kassiererin fungierte, stand nicht mehr zur Wahl. So rückte Jens-Carsten Horch in den – ansonsten personell unveränderten – Vorstand nach und übernahm des Amt des Kassierers. Der Vorstand dankt Frau Chmelik für die gute Zusammenarbeit und den jahrelangen unermüdlichen Einsatz für die Heusenstammer Grünen.
- Dem positiven Trend auf Bundesebene folgend, konnte auch unser Ortsverband neue Mitglieder gewinnen, die sich aktiv an Aktionen und Veranstaltungen beteiligen.
- Im Bereich der sozialen Medien sind wir schon seit längerem mit einem Facebook-Profil und – seit kurzem – mit einem Twitter-Profil vertreten. Neueste Infos gibt es hier aus erster Hand. Klicken Sie doch mal rein.

✍ Jens Horch



Am 16.05.2017 wurde der Vorstand im Rahmen einer Ortsmitgliederversammlung neu gewählt. Das Bild zeigt (von links): Johannes Gnegel, Hans Driedger, Jens-Carsten Horch, Ekaterini Kokkineli und Heiner Wilke-Zimmermann.



Biologisch-dynamisch aus erster Hand



Informationen über nachhaltige Landwirtschaft. Unter den Zuhörern MdB Wolfgang Strengmann-Kuhn (3. v. r.)

Unter den riesigen Bäumen am Hofgut Patershausen trafen sich die Grünen aus Heusenstamm, Dietzenbach und Obertshausen und - aufgrund des schlechten Wetters mit nur einigen Gästen - zum Kennenlernen, zur Unterhaltung, zum Spielen, zum Essen und zur Information über nachhaltige Landwirtschaft und aktuelle politische Themen.

Landwirt Klaus Ommert, der das Hofgut nach biologisch-dynamischen Kriterien betreibt, nahm sich viel Zeit, den Teilnehmern des Treffens seine Tiere zu zeigen und sie über die Herausforderungen der modernen Landwirtschaft, die angemessene Nutztierhaltung und den Schutz des Wassers und der Böden zu informieren.

Schnell waren sich alle Beteiligten einig, diese Veranstaltung im nächsten Jahr bei hoffentlich besserem Wetter zu wiederholen.

 Bernd Fischer

Wie war das noch mal mit den zwei Stimmen bei der Bundestagswahl?

Also: Die **wichtigere Stimme ist die Zweitstimme**. Sie entscheidet in der Summe, wieviele Sitze die Partei im Bundestag erhält und letztlich darüber, wer in Zukunft regiert.

Die **Erststimme** erhält der Wahlkreis kandidat. Wer hier im Wahlkreis die meisten Stimmen erhält, kommt in den Bundestag, selbst wenn seine Partei an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert.

Sie können natürlich auch zwei verschiedene Listen ankreuzen. Aber wir glauben, dass Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn eine sehr gute Wahl ist!

 bf





(Fortsetzung von Seite 2)

Gerade jetzt brauchen wir eine **stärkere Europäische Union**. Die Europäische Union muss aber auch grundlegend verändert werden. Die nächsten Jahre werden entscheidend dafür sein, wohin die Reise geht. Wir brauchen eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik. International agierende Unternehmen brauchen internationale Regeln und eine internationale Steuerpolitik. Gleichzeitig muss die EU wieder näher zu den Menschen gebracht werden, das Europäische Parlament muss gestärkt werden und es muss deutlicher werden, dass **die Europäische Union nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein soziales Projekt ist**. Ohne eine stärkere, demokratischere, ökologischere und sozialere Europäische Union werden wir bei den globalen Fragen wie Klimaschutz, Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden nicht weiterkommen.

Ich habe in den letzten Jahren im Bundestag als sozialpolitischer Sprecher und als Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union viele Grüne Konzepte als Antworten auf diese Fragen mit entwickelt und dabei meine Kompetenzen als promovierter und habilitierter Volkswirt eingebracht. In den nächsten Jahren möchte ich dazu beitragen, diese Konzepte auch umzusetzen. Deswegen kandidiere ich erneut für den Bundestag.

Die nächsten vier Jahre werden entscheidend dafür sein, wie unsere Zukunft aussieht. Deswegen ist diese Bundestagswahl noch wichtiger als sonst. Jetzt ist die Zeit, darüber zu diskutieren und zu streiten. Zukunft wird aus Mut gemacht!

 *Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn*

Weitere wichtige Punkte, für die sich die Grünen einsetzen würden, wenn sie regieren:

Integration zum Erfolg führen, Flüchtlinge schützen: Wir reformieren das Staatsangehörigkeitsrecht: Wer in Deutschland geboren wird, ist deutscher Staatsbürger. Wir wollen, dass anerkannte Flüchtlinge ihre Familien nachholen dürfen. Mit uns gibt es keine Obergrenzen beim Asylrecht. Weitere Asylverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab.

Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben: Wir sorgen dafür, dass gleichwertige Arbeit endlich gleich bezahlt wird – egal, ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird

Freiheit sichern: Wir stehen für eine effektive Sicherheitspolitik. Eine Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürgerrechte reagiert. Wir sorgen dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben gut ausgestattet ist.

Fluchtursachen bekämpfen: Deutschland trägt derzeit mit Rüstungsexporten an Diktaturen und Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Mit fairen Handelsabkommen stärken wir ökologische und soziale Standards weltweit.

Das gesamte Wahlprogramm können Sie an unseren Wahlständen bekommen oder im Internet einsehen unter

<https://www.gruene.de/programm-2017.html>





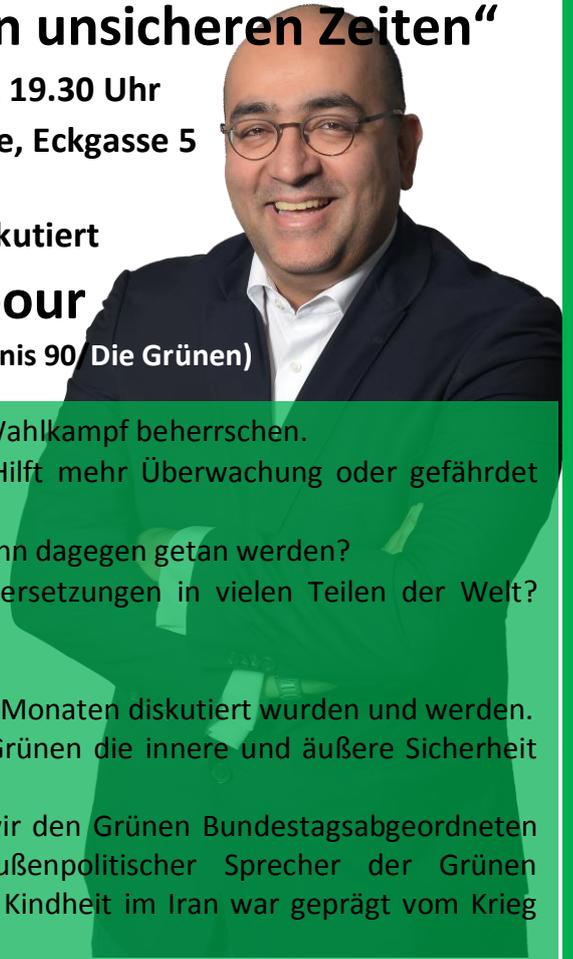
Informations- und Diskussionsveranstaltung mit dem Thema
„Moderne Sicherheitspolitik in unsicheren Zeiten“

Dienstag, 12. September, 19.30 Uhr
im Haus der Stadtgeschichte, Eckgasse 5

Es informiert und diskutiert

Omid Nouripour

(Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90 / Die Grünen)



Sicherheit, das ist eines der Themen, die den derzeitigen Wahlkampf beherrschen.

- Was unternimmt die Polizei gegen die Kriminalität? Hilft mehr Überwachung oder gefährdet mehr Überwachung unsere Freiheit?
- Wie groß ist die Gefahr durch den Terrorismus? Was kann dagegen getan werden?
- Welche Ursachen haben die kriegerischen Auseinandersetzungen in vielen Teilen der Welt? Müssen wir mehr Geld für die Rüstung ausgeben?

Das sind einige der Fragen, die in den letzten Wochen und Monaten diskutiert wurden und werden. Was haben die Grünen dazu zu sagen? Wie wollen die Grünen die innere und äußere Sicherheit gewährleisten?

Um Antworten auf diese Fragen zu bekommen, haben wir den Grünen Bundestagsabgeordneten Omid Nouripour aus Frankfurt zu Gast. Er ist außenpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion. Er wurde in Teheran geboren. Seine Kindheit im Iran war geprägt vom Krieg zwischen Iran und Irak.

An diesem Abend wird auch Wolfgang Strengmann-Kuhn, Wahlkreiskandidat von Bündnis 90/ Die Grünen, anwesend sein.

Hier können Sie sich informieren und Anregungen oder Kritik vorbringen:

- Dienstag, 29.08. ab 20:00 Uhr: Stammtisch im „Alten Bahnhof“.
- Wahlstände am 2., 9., 16. und 23. September zwischen 10:00 und 12:00 Uhr am Einkaufszentrum Alte Linde und vor der Sparkasse an der Frankfurter Straße.
- 12.09. um 19:30 Uhr: Informationsveranstaltung mit MdB Omid Nouripur zum Thema „Sicherheit“.
- 16.09. zwischen 8:00 und 10:00 Uhr: Wahlstand in Rembrücken vor der Bäckerei in der Heusenstammer Straße.
- Am 16.09. haben Sie zudem ab 10:00 Uhr die Möglichkeit, den Direktkandidaten unseres Wahlkreises, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn an den Wahlständen kennenzulernen.
- 17.09. zwischen 14:00 und 16:00 Uhr: „Stadtspaziergang“ mit Wolfgang Strengmann-Kuhn auf der Allee vor dem Schloss.
- 24.09. ab 20:00 Uhr: Treffen nach der Wahl im „Alten Bahnhof“.

Außerdem jederzeit unter <http://www.gruene-heusenstamm.de>, auf Facebook: Gruene Heusenstamm und Twitter: @Gruene Hst

Impressum: Das Heusenstammer Stattblättchen wird seit 1985 herausgegeben vom Vorstand Bündnis 90 / Die GRÜNEN in Heusenstamm, c/o Hans Driedger, Im Sporken 11, 63150 Heusenstamm. Es erscheint in unregelmäßigen Abständen. Redaktion: Bernd Fischer (v.i.S.d.P.), Heiner Wilke-Zimmermann, Jens-Carsten Horch, Natalie Schiebener. Layout: Jens-Carsten Horch. Auflage: 8.500. Druck auf Umweltpapier: Imprenta, Obertshausen (www.druckerei-imprenta.de).